

Nebrer Anzeiger

Amthliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit dem illustrierten Wochenbeilage: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wih. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22332

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Retammetel 20 Pf.
Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Atern.

Nr 118

Sonnabend, den 3. Oktober 1931.

44 Jahrgang

Deutschlands Ekkhard.

Zum 84. Geburtstag des Reichspräsidenten v. Hindenburg.
Die französischen Minister Canal und Briand haben bekanntlich bei ihrem Berliner Besuch besonderen Wert darauf gelegt, von dem Herrn Reichspräsidenten empfangen zu werden. Weder die Bemerkungen, die sie zu diesem Höflichkeitssatz veranlaßt haben, geben die Meinungen aus einander. Nach Ansicht vieler Kreise war es nur eine bei von der französischen Regierung beliebigen Geste, durch die man den Verhandlungswilligen Frankreichs unterbreitete wollte. Vielleicht sollte auch dadurch zum Ausdruck gebracht werden, daß die Ekkhard der „Kriegenscheiterer“, der auch Hindenburg verurteilt ist und die bis heute noch unleren Vertragsgegnern nicht aufgehoben worden ist, für die französische Regierung nicht mehr existiert. Auf jeder Fall ist der Besuch der französischen Staatsmänner ein neuer Beweis für die große Achtung, die auch unsere erbitterten Gegner aus dem Weltkriege heute dem deutschen Staatsoberhaupt entgegenbringen. Weit über Deutschlands Grenzen hinaus gilt Reichspräsident von Hindenburg als das leuchtende Vorbild der selbstlosen Hingabe an das Ganze, der unbedingten Treue zur übernommenen Pflicht und des unerschütterlichen Glaubens an die Zukunft Deutschlands.

Das deutsche Volk kann sich beglückwünschen, daß gerade in dieser Zeit schwerer wirtschaftlicher Bedrängnis ein Mann von der starken stillen Kraft eines Hindenburg an der Spitze des Staates steht. Der heisse Wunsch daß sich das deutsche Volk bei der großen gemeinsamen Aufgabe des Wiederaufbaus immer mehr zusammenfinden möge, hat Hindenburg im Jahre 1925 nach dem Hinscheiden des ersten Reichspräsidenten zu dem schweren Opfer bewogen, trotz seines vorgerückten Alters dem Ruf der Nation zu folgen und das verantwortungsvolle Amt des Reichspräsidenten zu übernehmen. Seine Amtsführung hielt sich seitdem wie alleinig anerkannt wurde, streng im Rahmen der Verfassung. Wenn der Reichspräsident im letzten Sommer auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung in manche für weite Kreise zweifellos mit großen Härten verbundene Notverordnung unterzeichnet hat und wahrscheinlich noch im Laufe dieses Herbstes unterzeichnen wird, so geschieht das aus tiefstem Verantwortungsgefühl und aus höchster Überzeugung von der Notwendigkeit dieser Maßnahme heraus.

Wir berechnen stolz und aufrichtigem Dank obden am 2. Oktober das deutsche Volk seines Reichspräsidenten. Es ist der letzte Geburtstag, den Hindenburg in die Welt amnestie begeht, aber die sieben Monate bis zum Ablauf seiner Präsidentschaft bergen noch entscheidungsschwer und schicksalvolle Tage. Möge es ein gütiges Geschick den getreuen Ekkhard Deutschlands vergönnen, daß er die wir ihm und uns allen so heiß ersehnte Wendung zu besserer Tagen noch erleben möge.

Neuregelung der Arbeitslosenfürsorge.

Mit Wirkung vom 5. Oktober.

Durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 5. 6. 31 ist der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ernannt und verpflichtet, den Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben der Reichsanstalt sicherzustellen.

Auf Grund dieser Verordnung hat der Vorstand in seiner Sitzung vom 1. Oktober d. J. beschlossen, die Höchstdauer der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung mit Wirkung vom 5. Oktober von 26 Wochen auf 20 Wochen, für berufsbilich Arbeitslose auf 16 Wochen, zu kürzen.

Die durch den Beschluß des Vorstandes erzielte Einsparung soll die finanziellen Anforderungen sicherstellen, die bei einer Höchstzahl von 65 Millionen Arbeitslosen im kommenden Winter für Unterhaltungsleistungen in der Arbeitslosenversicherung erwachsen werden.

Staatsrat gegen Preußenverordnung.

Nicht mit der Verfassung in Uebereinstimmung.

Berlin, 30. September.

Der Preussische Staatsrat beschloß sich mit dem von der Preussischen Staatsregierung auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 24. August 1931 erlassenen Bestimmungen sowie den dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen. Der Staatsrat kam nach längerer Aussprache zu folgenden Feststellungen:

Der Preussische Staatsrat vertritt den Standpunkt, daß die von der Preussischen Staatsregierung auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 24. August 1931 erlassenen Bestimmungen, insbesondere die Bestimmungen vom 12. September 1931 sowie die dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen mit zwingenden Vorschriften der Reichs- und Landesverfassung nicht in Einklang stehen.

Eine erhebliche Anzahl von Bestimmungen überschreitet das Maß der Befreiung des Landes Erforderlichen und ist deshalb mit der Reichsverfassung unvereinbar. Die Verordnung vom 12. September 1931 war nach Artikel 40 Absatz 4 dem Staatsrat vor dem Erlaß vorzulegen. Der Staatsrat muß sich die zur Wirkung seiner verfassungsmäßigen Rechte notwendige Schritte vorbehalten. Unter allen Umständen wäre es gemäß Artikel 40 Absatz 1 der Preussischen Verfassung Pflicht der Staatsregierung gewesen, den Staatsrat über die von ihr getroffenen weittragenden Maß-

nahmen unter eingehender Darlegung des Sachverhalts auf dem Laufenden zu halten.

Gegen Brüning.

Besprechungen der nationalen Opposition.

Berlin, 2. Oktober.

Das gemeinsame Vorgehen der nationalen Opposition nach dem Wiederzusammentritt des Reichstages wird, nachdem die Zustimmungserklärung der Nationalsozialisten jetzt vorliegt, zustande kommen. Die gemeinsame Besprechung darüber wird aber wahrscheinlich erst unmittelbar vor dem Wiederbeginn der Reichstagsverhandlungen stattfinden.

Zeitlich bei den Parteien bereits, daß diese Verhandlungen die Einbringung eines gemeinsamen Mißtrauensantrages gegen das Kabinett Brüning durch die parlamentarischen Vertreter der nationalen Opposition zur Folge haben werden. Die Nationalsozialisten haben auch ein Mißtrauensvotum gegen den Außenminister Dr. Curtius angekündigt. Bei den Deutschnationalen ist eine Entscheidung über diese Sonderfrage noch nicht gefallen. Ob die Deutschnationalen sich an einem besonderen Mißtrauensantrag gegen Dr. Curtius beteiligen, wird sich erst in der gemeinsamen Besprechung der nationalen Opposition entscheiden.

Die Sozialdemokraten beim Kanzler

Veröffentlichung des Winterprogramms soll Ende der Woche erfolgen.

Berlin, 1. Oktober.

Das Reichskabinett hat sich wiederum in mehreren Sitzungen mit der Notverordnung zur Durchführung des Winterprogramms beschäftigt. In unterrichteten Kreisen hält man es jetzt für möglich, daß die Notverordnung noch Ende dieser Woche veröffentlicht wird. Abgehen von der Kabinettsberatungen hatte Reichskanzler Dr. Brüning noch eine Besprechung mit Vertretern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Ueber den Verlauf dieser Besprechung veröffentlicht die sozialdemokratische Fraktion eine Mitteilung, in der es u. a. heißt:

„In einer Besprechung beim Reichskanzler brachte die sozialdemokratische Fraktion die in der neuen Notverordnung zu regelnden Fragen zur Sprache. Sie unterrichteten den Reichskanzler nochmals eingehend über ihren Standpunkt, namentlich in bezug auf die Frage der Neuordnung der Arbeitslosenversicherung und der reiflichen Aufrechterhaltung des Tarifrechts. Sie legten insbesondere Gewicht darauf, daß eine weitere Herabsetzung der Unterhaltungsätze in der Arbeitslosenversicherung nicht zu tragen lie. Im Zusammenhang damit wurde nochmals betont, daß die zugewogene Befreiung der schimmlichen sozialen Härten aus der Juni-Notverordnung nunmehr in der kommenden Notverordnung erfolgen müßte.“

Der Reichskanzler nahm diese Ausführungen zur Kenntnis und erklärte, daß das Reichskabinett sich bereits in den nächsten Tagen abschließend mit dem Inhalt der neuen Notverordnung befassen werde.“

An dem der Reichsregierung nachstehenden Kreise wird betont, bei dem Empfang der Sozialdemokraten habe es sich um einen der üblichen Empfänge gehandelt. Der Reichskanzler habe der Reichsanstalt auch mit dem Führer der Landvolkpartei, Hauschild, eine Unterredung gehabt. Der Führer des Landvolks überreichte dem Kanzler Notforderungen, die sämtlich von dem Grundgedanken der Sozialdemokratie ausgehen. Die deutsche Wirtschaft, so heißt es darin, könne nur von innen heraus, insbesondere vom deutschen Boden her, wiederaufgebaut werden. Das außenpolitische Programm verlangt energig Befämpfung der Kriegstrübe. Daran anschließend wird erklärt, die Reichsregierung in ihrer gegenwärtigen Zusammenlegung biete keine Gewähr für eine solche Politik.

Tarifrecht gerettet?

Verständigungsversuch der Reichsregierung.

Berlin, 2. Oktober.

Zu den bedeutungsvollen Verhandlungen, die Reichskanzler Dr. Brüning mit den Führern der Sozialdemokratie geflohen hat, wird in gutunterrichteten Kreisen gesagt, man müsse annehmen, daß die Reichsregierung die Absicht aufgegeben habe, auf dem gesetzlichen Wege einen Eingriff in das Tarifrecht vorzunehmen, nachdem die Vertreter der SPD auf die kühnsten parlamentarischen Folgen eines solchen Schrittes hingewiesen hatten.

Man könne damit rechnen, daß die Reichsregierung nunmehr die Absicht habe, nach Erlaß der großen Notverordnung Unternehmer- und Arbeitervertreter zusammenzuberufen, um den Versuch zu machen, zwischen beiden eine Verständigung über die Lohnfragen herbeizuführen.

Nur einzelne Ueberläufer.

Die Spaltungsbewegung in der SPD.

Berlin, 2. Oktober.

Die Spaltungsbewegung in der SPD hat in den parlamentarischen Kreisen, die in unbedingter Opposition zum Kabinett Brüning stehen, zu der Auffassung geführt, daß die Rosenfeld und Seydewitz aus den Reihen der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten so viel Zulauf erhalten würden, daß dann auch mit Zustimmung der SPD,

teile zweigeteilt mehr für das Kabinett Brüning zu bringen wäre. In diesem Zusammenhang ist die Bitte von 25 SPD-Abgeordneten genannt worden, die sich von dem Reichstagsfraktion sondieren würden.

Tatsache ist, daß mittlerweile die Abgeordneten Stöckel, Siemsen, Ziegler, Fortüne, Sendewitz, Rosenfeld und Ostinghaus sich aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion abgetrennt und sich den Sonderbündlern angeschlossen haben.

Beamte und Volksentscheid.

Fragen an das preussische Staatsministerium.

Die Arbeitgemeinschaft des Preussischen Staatsrats (Deutschnationale und Deutsche Volkspartei) hat an das Staatsministerium nachstehende förmliche Anfrage gerichtet: Die Staatsregierung hat mehrere Landräte wegen ihrer Teilnahme am Volksentscheid in den einseitigen Ruhestand versetzt. Der Minister des Innern hat aus dem gleichen Anlaß verschiedenen Polizeioffiziere ihre Befreiung in Aussicht gestellt und ihnen gleichzeitig die Einreichung des Widerspruches nahegelegt.

Die rechtskräftig ist Staatsregierung diese Maßregelung insbesondere im Hinblick auf das verfassungsmäßig gewährte Recht der Beamten auf politische Meinungsfreiheit, die Entscheidung des Staatsgerichtshofes anlässlich des Volksentscheides über die Befreiung des Hauptmanns Louis vor allem die Erklärungen des Ministers des Innern im Landtage?

Verordnung für den Ruhrbergbau.

Aufhebung der Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung.

Berlin, 1. Oktober.

Auf Grund des Artikels 48, Absatz 2, der Reichsverfassung wird verordnet:

§ 1

Der Reichsarbeitsminister wird ermächtigt, bei der Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen, die auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten über die Regelung von Schiedsprüchensverfahren öffentliches Interesse vom 27. September 1931 ergangen sind, die in dem Schiedspruch vorgehaltene Laufdauer der Regelung ohne Zustimmung der Parteien zu ändern.

§ 2

Die Reichsregierung wird ermächtigt, die Umstände der Arbeiter des Steinfoblenbergbaues des Ruhrgebietes unter ihre Arbeitgeber mit Wirkung vom 1. Oktober bis zum 30. November 1931 von der Beitragspflicht zur Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zu befreien. Sie kann die Befreiung auch auf andere Steinfoblengebiete ausdehnen und ihre Geltungsdauer über den 30. November 1931 hinaus verlängern.

§ 3

Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft. Unterzeichnet ist die Verordnung vom Reichspräsidenten; gegengezeichnet haben der Reichskanzler, der Reichsfinanzminister und der Arbeitsminister.

Lohnschiedspruch verbindlich erklärt.

Auf Grund dieser Notverordnung hat der Reichsarbeitsminister nunmehr auch den Lohnschiedspruch für den Ruhrbergbau als verbindlich erklärt. Die Laufzeit des Schiedspruches wurde auf die Zeit bis zum 30. November 1931 verkürzt.

Sieben Prozent Lohnabgab auf im Wurmrevier.

König, 1. Oktober. Die Schlichterkammer hat auch für das Wurmrevier einen siebenprozentigen Lohnabgab vorgesehn. Die Parteien haben vereinbart, daß Rauffritz und Kündigung der Neuregelung im Ruhrgebiet angeglichen werden soll.

Neuregelung der Bürgersteuer.

Freigrenze bis 500 Mark.

Der Reichsrat genehmigte eine Verordnung des Reichsfinanzministers, der den Verteilungsschlüssel für die Einkommen- und Körperschaftsteuer endgültig festsetzt.

Angenommen wurden auch Durchführungsbestimmungen zur Bürgersteuer. Diese schließen sich eng an die bisherigen Durchführungsbestimmungen für 1930 an. Wichtige Änderungen gegenüber dem bisherigen Zustand bedeuten jedoch folgende Bestimmungen:

Zunächst hat es sich als mißlich herausgestellt, daß auch die allerkleinsten Einkommen zur Bürgersteuer herangezogen werden, z. B. die Einkommen der Empfänger von Arbeitslosen-, Krühen-, Wohlfahrtsunterstützung und Sozialrenten bis zu 900 Mark.

Die neuen Durchführungsbestimmungen sehen deshalb eine allgemeine Freigrenze von 500 Mark jährlich vor. Die Bestimmungen enthalten aber auch die Vorschrift, daß auch bei einem Einkommen unter 500 Mark diejenigen Personen wenigstens zur halben Bürgersteuer herangezogen werden, deren landwirtschaftliches Grund- oder Betriebsvermögen den Wert von 5000 Mark übersteigt.

Es sind Steuertermine vorgelesen, die sich für die Lohnsteuerpflichtigen über die Monate Januar bis Juni 1932 erstrecken, und zwar für Monatslohnempfänger 6 und

Ernt. Nach Abhaltung einer nationalsozialistischen Versammlung im Kaiserpark kam es am Dienstag im Ritterspark am Huttenplatz zu einem Zusammenstoß. Einige heimtückere Nationalsozialisten wurden von einer Anzahl Kommunisten angegriffen. Zwei Nationalsozialisten wurden verletzt, der eine von ihnen mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Zehn der Beteiligten an dem Überfall verdrängte Personen wurden festgenommen.

Steffel. Über die von der Stadt im kommenden Winter zu ergreifenden Hilfsmaßnahmen berichte in der letzten Stadterordnetenversammlung Bürgermeister Berger. Das Hilfsamt lebe unter dem Motto: „Es soll und darf in diesem Winter in Steffeln niemand hungern“. Die Volkstische, deren Erweiterung in Aussicht genommen sei, werde bis zu 1000 Portionen verfertigt. Der Preis für ein Liter Essen liege von 10 auf 5 Pfennig herabgesetzt worden. Der Magistrat werde an die Bevölkerung einen Appell richten, sich an dem Hilfsamt zu beteiligen.

Leipzig. Am Mittwochmorgen wurde in Leipzig Schlesig die vierköpfige Familie des Profuturiers Wötner gasvergiftet tot aufgefunden. Es liegt freitod wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten vor. Der Mann war 53, die Frau 48, ein Mädchen 15 und der Sohn 11 Jahre alt.

Bitterfeld. Zwischen Radis' und Gräfenhainichen ist ein Verantwortungswort mit einem Motorrad Frau und sein Sohn — eine Bitterfelder Familie — erlitten schwere Verletzungen und wurden in das Bitterfelder Krankenhaus gebracht. Der Zusammenstoß erfolgte, als das Auto einen anderen Kraftwagen überholen wollte, dabei aber das entgegenkommende Motorrad überfuhr.

Mittenberg. Am 10. August 1931 ereignete sich, wie feinerzeit gemeldet, in den Sprenghöfen Rindorf eine schwere Explosion, bei dem zwei Arbeitshäuser, in denen Bergwerksprengstoffe gemischt wurden, in die Luft flogen. Zwei Arbeiter wurden getötet, einer schwer und drei leichter verletzt. Nach den Ermittlungen ist ein Verschulden dritter Person nicht nachweisbar. Die Staatsanwaltschaft in Torgau hat deshalb das Verfahren eingestellt.

Mittenberg. Sämtliche Angestellte der Reichsstaatsforstwerke Bitterfeld b. Mittenberg haben am 30. Sept. von ihrer Direktion die vorläufige Kündigung erhalten, nachdem bereits vor einiger Zeit einem gewissen Prozentsatz der Angestellten die Kündigung erfolgt war. Auch zahlreiche Arbeiter haben ihre Kündigung erhalten. An dem Kündigungsbescheid heißt es: „Die Abfahrts- in Hirschföhlungen Dänemark, insbesondere in Korf, Korf und die damit zusammenhängende Überfüllung der Käger haben uns bereits gezwungen, die Produktion fort einzuführen und werden uns voraussichtlich noch zwingen, den restlichen Betrieb, wenn auch nur für einige Zeit, stillzulegen und das Werk Bitterfeld überpaßt zu schließen.“

Torgau. Auf Grund geraten. — Das gegenwärtige Hochwasser der Elbe hat die Ernte der Getreideernte sehr erschwert. Zahlreiche Schiffe geraten auf Grund. So mußte ein mit Zucker beladener Kahn seine Ladung löschen, da es nicht gelang, das Fahrzeug wieder flott zu bekommen.

Bräun (Kr. Mittenberg). Der bei einem Gutsbesitzer beschäftigte Knecht Sch in der Küche sich in seiner Kammer, mehrere Kräfte bei und ließ ohne Kenntnis der anderen. Der Bruder Schmid wurde durch den ersten Schuß aus dem Schlaf gerückt und verlor die rechte Hand. Er wurde sofort durch einen zweiten Schuß in die Brust getroffen. Die Gründe der Tat sind nicht bekannt.

Nordhausen. Beim Rangieren getötet. — Auf dem Güterbahnhof geriet der Rangierführer Albert Freiberg beim Rangieren zwischen zwei Wagen und wurde von den Ruffern so schwer getroffen, daß der Tod sofort eintrat. Der Verunglückte hand 40. Lebensjahre.

Magdeburg. Das Schwurgericht verurteilte die 30jährige Arbeiterin Margarete Berner aus Magdeburg wegen verurteilten Mordes an ihrem Mann zu der gesetzlichen Mindeststrafe von drei Jahren Zuchthaus. Gleichzeitig empfahl das Schwurgericht der Angeklagten, ein Gnadengehalt einzugehen, das das Schwurgericht wegen der besonderen Art des Falles befürworten will, zumal die Eheleute wieder in gutem Einvernehmen leben.

Altdorf (Osthar). Die Gemeinde Altdorf ist zusammengebrochen, die Finanzen sind erschöpft. Sie hat sich daher gezwungen gesehen, ihre Schulden einzufrieren.

Langensalza. Am heiligen Stadterordnetenitzungsaal begann am Donnerstag, 9. Uhr vormittags, die Verhandlung des Ersten Schwurgerichts gegen den 30jährigen Schloßer Willi Wagner aus Langensalza. Er wird beschuldigt, die Fabrikarbeiterin Anna Schäfer vorzüglich und mit Überlegung ermordet zu haben. Der Angeklagte bestritt den Tatbestand der Überlegung und schiedert dann eingehend seinen Werdegang und sein Verhältnis zu der Schöfer. Ihre innige Freundschaft wurde durch dauernde Streitigkeiten und Eifersüchteleien unterbrochen, aber immer wieder versöhnt. Er sah, daß sie nach seinem 21. Geburtstag heiraten wollten. Mit der Zeit wurden die Streitigkeiten immer ernster, Wagner begann zu trinken und legte sich auch einen Dolch zu, mit dem er seine Braut wiederholt bedrohte. Nachdem er schon am 23. April d. J. verurteilt hatte, sie durch Schläge auf den Kopf zu töten, und sie dann zu erstechen, ging er einige Abende später in die Wohnung seiner Braut und erschlug sie im Bekleid neuer Festlichkeiten. Hierauf brachte er sich eine umbelebende Scherbe der höchsten Stufe des Stübchens und rief dann auf der Straße, wahrscheinlich vor lauter Aufregung, um Hilfe. Als der herbeigekommene Arzt ankam, war er sich vor dessen Auto, wurde aber nicht überfahren, weil der Wagen rechtzeitig zum Halten gebracht werden konnte.

Neues aus aller Welt.

Raubüberfall auf die Sparkasse in Meissen. In die Räume der Sparkasse in Meissen drang ein Mann ein, raubte aus dem Kassenkassant ein Geldstück mit 1000 RM Silbergeld und suchte zu entkommen. Ein Beamter, der sich dem Täter entgegenstellte, erhielt einen Schuß durch die Hand. Der Räuber eilte zu seinem Motorrad, das er nachts zuvor in der Dresdener Artilleriekaserne gelassen hatte. Der Motor sprang jedoch nicht sofort an, und der Dieb verlor nach einem Schuß auf die verlassenen Beamten und das Publikum abgab, konnte mit dem Rade umgemoren und bis zum Eintreffen der Polizei festgehalten werden. Es handelt sich um einen 31jährigen Verlorungsanwärter Erich Will Wagner aus Meissen.

Zwei schwere Großfeuer. Ein Großfeuer legte in Altdorf bei Wiesbaden drei Wohnhäuser mit angrenzenden Scheunen und Stallungen nieder. Obwohl die Feuerwehren aus der Umgebung an der Brandstelle weilten, fürchtete man, daß der ganze Straßenzug, bestehend aus zehn Häusern mit Scheunen und Ställen, ein Raub der Flammen wird. — Eines der größten Vergnügungsestablishments Altdorf, das Ribbus, ist durch ein Großfeuer, wahrscheinlich durch Kurzschluss verursacht, niedergebrannt. Der Schaden beträgt über eine halbe Million Kronen.

Einbruch bei einem amerikanischen Arzt. Ein amerikanischer Arzt, der sich studienhaft in Berlin aufhält, wurde von Dieben auf das empfindlichste beschossen. Außer Schmuckstücken und Kleidungsstücken nahmen die Täter auch noch eine Kasse mit, in der sich außer ca. 2500 RM in deutschem und amerikanischem Gelde noch eine wissenschaftliche Abhandlung des Dr. Becker über seine Krebsheilungs-Therapie, insgesamt rund 240 Blätter in Quartformat, und mikroskopische Aufnahmen befanden. Dr. Becker erklärte, daß er den Verlust des Geldes und der Wertpapiere gern verzeihen würde, wenn ihm seine wissenschaftliche Arbeit, an der er lange Zeit gearbeitet habe und die ihm unersetzlich sei, wieder zugehört würde. Er ist bereit, dem Wiederbringer seiner Arbeit noch eine Belohnung auszuhändigen.

Polizeibeamter überfallen und niedergeschlagen. Von vier unbekannt gebliebenen Tätern wurde ein Polizeibeamter in Berlin an dem Hinterhof überfallen und mit einer Eisenstange niedergeschlagen. Dabei riefen die Täter: „Du verfluchte Schandpöbel, auf dich haben wir schon lange gewartet!“ Der Verletzte wurde von Zivilisten nach dem Schwimmsportplatz gebracht. Er hatte zwar etwa 5 Zentimeter lange flache Kopfwunden davongetragen, konnte aber nach Abkühlung von Wasserbädern in seine Wohnung entlassen werden. Das Motiv zur Tat ist noch unbekannt.

Überfall auf Nationalsozialisten. Zehn Nationalsozialisten fuhren auf Fahrrädern von Ostow nach Werder a. S. An der Strengbrücke wurden plötzlich aus dem Gebüsch vier Schläger auf die Straße geworfen. Ein Teil der Nationalsozialisten sprang ab um die Befreiung der Räder durch das zerplitterte Glas nicht zu verzögern. In diesem Augenblick führten mehrere junge Männer aus dem Gebüsch und griffen die Nationalsozialisten an. Dabei fielen auch einige Schläger. Der Nationalsozialist Erich Müller aus Werder erhielt einen Oberstichwund, mit dem er in das Krankenhaus nach Werder gebracht wurde. Man nimmt an, daß es sich bei den Angreifern um Kommunisten handelte.

Goltenmörder verhaftet. Der Mechaniker Karl Schnaiter, der seine Frau durch einen Schnitt mit dem Rasiermesser getötet hatte, konnte von der Polizei in Karlsruhe festgenommen werden. Als der Verhaftete noch dem inszenierten erfolgten Tod seiner Frau erzählte, brach er vollkommen zusammen.

Polizeibeamter erschossen. In Labiau (Ostpreußen) wurde ein Polizeibeamter beim dienstlichen Einmarsch erschossen. Einer der Täter konnte bereits festgenommen werden, während es dem zweiten, einem 33jährigen Arbeiter Otto Alrod, gelang, zu entkommen. Wie inzwischen ermittelt wurde, ist Alrod am 20. September 1931 nach Berlin gefahren, wo er sich wahrscheinlich noch verborgen hält. Alrod ist wiederholt, darunter mit Zuchthaus wegen Diebstahls verurteilt.

Angriff in Dänemark. Große Verwirrung hat die Verminde rung der dänischen Krone unter der dänischen Bevölkerung hervorgerufen, die sich in einem Sturm auf die Geschichtsbücher äußert. Man fürchtet einmal, daß die Dänekrone noch weiter fallen könnte, und ferner, daß sich in nächster Zukunft die Wären über Gebühr verteuern könnten. Die Geschäfte in der Stadt sind infolgedessen seit einigen Tagen gänzlich belagert, vor allem auch von Beuten vom Lande, so daß zum Teil der großen Andrang wegen geschlossen werden mußten.

Wiederaufnahme der Derschiffahrt. Die Sperrung der Derschiffahrt im Bezirk des Wasserbauamtes Oppeln ist aufgehoben worden, da das Hochwasser auf der oberen Oder sich verlaufen hat.

Fugung trotz Mißschlag unversehrt gelandet. Ueber der Insel Schüt geliet ein Passagierflugzeug der Cidna, das aus Wien nach Budapest gestartet war, in ein Gewitter und der Pilot schlug in einen Hügel der Westseite. Er ließ die Tragflächen entlang und trat über die Seitenlinie wieder aus, wobei deren Drähte abgerissen wurden. Die Sicherungen der elektrischen Beleuchtung wurden ausgeschlagen, der Motor selbst aber blieb vollkommen unversehrt. Von der Besatzung und den Fahrgästen ist niemand zu Schaden gekommen. Das Flugzeug konnte ungehindert die Fahrt fortsetzen und traf fahrplanmäßig ohne jeden Zwischenfall in dem Flughafen von Matiasfeld ein.

Proben eines haltbareren Kuffschiffs. Seinen ersten Probeflug hat ein französisches halitares Luftschiff von 10.000 Kubikmetern Rauminhalt über Paris ausgeführt. Das Luftschiff wird von zwei Motoren von je 350 PS. getrieben. Nach etwa zwanzigminütigen Fluge kehrte es nach seinem Standort, dem Militärklub von Orly zurück.

Abflug eines französisch Bombenflugzeuges. Ein zweimotoriges Bombenflugzeug führte bei einem Übungsflug in der Nähe von St. Raphael (Südfrankreich) auf 10 Metern Höhe ins Meer. Die sechs Insassen, die sämtlich Verletzungen davongetragen haben, wurden gerettet.

Rückkehr der Grönland-Expedition. Die deutsche Grönland-Expedition, deren Führer Prof. Alfred Wegener im vergangenen Winter um Leben kam, hat ihre Arbeiten beendet und kehrt unter der Führung von Kurt Wegener nach Deutschland zurück.

Raubmord in Budapest. In Budapest wurde eine Frau Remete im Bett liegend ermordet aufgefunden. Allem Anschein nach war die 60jährige Frau ertränkt worden. Der Umstand, daß die Wohnung ausgeplündert wurde, läßt auf einen Raubmord schließen. Die Frau war in der Umgebung als Wahrlagerin bekannt und hatte Kunden aus allen Schichten der Gesellschaft. Von dem Täter fehlt bisher jede Spur.

Keine Nachricht von Kingsford Smith. Kingsford Smith, der australische Fliegerkapitän, der auf seinem Flug nach England in Paris erkrankt wurde, ist bisher noch nicht eingetroffen. Es liegen keinerlei Nachrichten von seinem Verbleib vor. Man nimmt an, daß er an irgendeinem entlegenen Ort auf dem Balkan zu einer Notlandung gezwungen wurde.

Anschlag auf den Schnellzug Galatz-Braila. Ein Anschlag wurde auf den Schnellzug Galatz-Braila verübt. Unbekannte Täter hatten eine Schmelze quer über das Gleis gelegt. Ein Unfall konnte verhindert werden. Man vermutet einen Terrorakt.

Pöhlungsgang abgelehnt. Ueber Lasbela (Belutschistan) hing ein französischer Flugzeug von Rangir Richtung Paris abgefliegen und fiel und stürzte ab. Der Führer und ein Mechaniker wurden schwer verletzt.

Schweres Erdbeben in Belutschistan und Aegypten. Ein starkes Erdbeben wurde in Duetra (Belutschistan) wahrgenommen, das 30 Sekunden dauerte. Die Häuser bebten, und die Bevölkerung wurde von panischem Schrecken ergriffen. — Auch in Kairo (Aegypten) ist ein kurzer, aber heftiger Erdstoß verzeichnet worden.

Verbotene Lotterien. In Irland wird seit einiger Zeit eine Pferdenlotterie, genannt „Arish Sweepstake“ ausgeschrieben. Die Millionen von Losen umfacht und nur einige wenige große Gewinne im Spielplan hat. In letzter Zeit werden die Lose dieser Lotterie unter der Bezeichnung „Brooms International Sports Association“ von Danzig aus auch in Deutschland vertrieben. Wie der Zentrale Reichliche Preisstellen mitteilt, wird vor dem Anlauf von Losen dieser Sweepstake-Lotterie ausdrücklich gewarnt, da die Lotterie in Deutschland nicht zugelassen ist. Spieler von Losen dieser Sweepstake-Lotterie machen sich daher auf Grund der bestehenden Lotteriegeseetze strafbar.

Zugungslid in Dortmund.

Acht Verletzte.

Dortmund, 2. Oktober. Auf dem Güterbahnhof Güterdortmund entgleiste infolge Schienenbruchs ein Güterzug. Die Lokomotive stürzte um und mit ihr die Güterwagen.

Bei dem Unglück wurden vier Personen schwer und vier leicht verletzt. Unter ihnen befindet sich der Schwerverletzte Zugführer und der Zugführer, der leicht verletzt wurde.

Tariffündigung in der schlesischen Landwirtschaft.

Breslau, 2. Oktober. Der Land- und Forstwirtschaftliche Arbeitgeberverband für die Provinzen Ost- und Westpreußen hat den Landarbeiter-Abkommensrat und den Parolantarsvertrag für die schlesische Landwirtschaft zum 2. Januar 1932 gekündigt. Von der Kündigung werden etwa 280.000 Beschäftigte betroffen.

Traglicher Mord und Selbstmord.

Staf, 2. Oktober. Am Kurort Walsfeldgrund hat der 59 Jahre alte Besitzer des Sanatoriums Walsfeldgrund, Sanitätsrat Dr. Jaegle, seine Frau, die an einer unheilbaren Krankheit litt und schon vor einiger Zeit operiert war, erschossen und ist ihr dann freiwillig in den Tod gefolgt.

Urteil gegen Dobl.

Hamburg, 2. Oktober. Im Prozeß gegen den ehemaligen Polizeoberwachmeister Dobl verurteilte das Schwurgericht den Angeklagten wegen Verlebens eines Totschlags zu zwei Jahren Gefängnis. Die Untersuchungszeit wurde angerechnet.

Dobl hatte am 13. Mai auf den Regierungsrat Galschally während einer Besprechung in einem gegen Dobl gerichteten Disziplinarverfahren einen Revolveranschlag verübt, bei dem der Regierungsrat erheblich verletzt wurde.

Die milden Streiks im Ruhrgebiet.

Essen, 2. Oktober. Auf mehreren Schachanlagen im Ruhrgebiet sind in der Mittagsstunde nur Teile der Belegschaft angefahren. Ingesamt festlich 3740 Mann, gleich 6,29 Prozent der Belegschaft.

„Nautilus“ wird versenkt.

Bergen, 1. Oktober.

Der Polarforscher Sir Herbert Wilkins ist um amerikanischen Schiffahrtsamt ernannt worden, das Unterseeboot „Nautilus“ zu verteidern. Der amerikanische Konvil in Bergen wird wahrscheinlich offiziell Zeuge sein, wenn das berühmte Fahrzeug an einer tiefen Stelle der norwegischen Küste in den Fluten verschwindet.

Wochenendwetterbericht.

Mittelt von der Landeswetterdeputation Weimar.
Südost und Ostpreußen bis zur Oder und die Ostseeländer bedeckt hoher Zuckfud. Ueber dem Nordmeer liegt bei Island ein Sturmgebiet. Dieser Wirbel zieht ein Teilzeit vom Mittelmeer ab. Da zwischen diesem Tiefdruckgebiet über Island und dem Tief über dem Mittelmeer der Zuckfud stark steigt, ist mit einer Vereinerung des Ozeanbodens und des Sodds über Island infolge einer Hochdrucklage zu rechnen. Wir liegen daher ganz auf der Südseite des Islandtiefs, wo bei teilweise stärkerer Bewöblung mildes Wetter bei süd- und südwestlichen Winden erwarten dürfen.

Spiel und Sport.

Rebrar Sportvereinerung 1924.

Unsere drei Herrenmannschaften folgen am morgigen Sonntag einer Einladung des SV. Gleina zum 1. Stützungsfecht des Fechtens. Die 1. Mannschaft nimmt an einem Pokaltourier teil, wozu noch U.S.C. Raucha und Blaugelb Weihenfels eingeladen ist. Mit welchem Gegner wir in der Vorrunde, die um 9.30 Uhr beginnt, zusammenstreffen, wird noch ausgelost. Die 2. Mannschaft beteiligt sich ebenfalls an einem Pokaltourier und trifft in der Vorrunde auf die spielstarke 1. Herrenmannschaft des SV. Oberarnstift. Wenn die 2. Mannschaft die Vorrunde übersteht, muß sie sich tüchtig anstrengen, um den Gegner aus dem Rennen zu werfen. Weitere Gegner um diesen Pokal sind: U.S.C. Raucha 2. und die 1. Mannschaft des Verantalters. Die 3. Mannschaft trifft in einem Figurenspiel um 1.30 Uhr auf die 2. Mannschaft des Verantalters und sollte hier den Sieger stellen. Die Jugend muß im falligen Verbandsber 10 Uhr in Raucha gegen U.S.C. Jugend antreten. Wir glauben kaum, daß unsere Jugendmannschaft sich zu weiteren Punkten kommen wird. Abfahrt morgens 8.45 Uhr vom Bahnhof Nord. Die Abfahrtszeiten für die Herrenmannschaften werden noch im Ausgangsliste bekanntgegeben. Wir wollen nun noch hoffen, daß alle Mannschaften recht fair und anständig kämpfen, damit die ausstragenden Spiele ihren Werbezweck nicht verfehlen und unsere Vereinerung recht günstig abschneidet.

Rirchliche Nachrichten.

Erntedankfest, den 1. Oktober 1931.
Festspruch: Schmedet und sehet, wie freundlich der Herr ist. Wohl dem, der sich an Ihn traut. (Psalm 84, 9.)
10 Uhr: Festgottesdienst (Gemeinschaft Chor, Rinderdorf). Predigt über Galater 6, 7.
Wieder: 850 (254), 359 (261), 858 (245).
Follette für Wohlfeil hangender Raffine in unserer Kirche.
12 Uhr: Abendgottesdienst für beide Beteiligungen im Gemeindeaal. Mittwoch, 30. 9., abends 8 Uhr: Bibelstunden im Gemeindeaal. (Sohn, 12, 12 ff.)
Freitag, abends 8 Uhr: Jungfrauenverein im Gemeindeaal. Gebraut würde am 17. September Otto Hermann Kurt Gammel.

Anzsfriedenheit in Warschau.

Polen und die Berliner Zukunftsaufst.

Warschau, 2. Oktober.
Die Kommentare der polnischen Presse zu dem Besuch der französischen Minister in Berlin spiegeln sehr günstige Gefühle wieder.

Der regierungsfremde „Grosch Boranng“ gibt der Beförderung Ausdruck, daß bei dem Besuch Cavals und Briand in Berlin hinter dem Rücken Polens Abmachungen getroffen worden seien, die für Warschau nicht vorteilhaft sein könnten. Die offiziöse „Gazeta Polska“ hält es für angebracht, auf Deutschlands systematische Sabotage aller friedlichen Pläne einer Zusammenarbeit mit Polen“ hinzuweisen. Kennzeichnend ist auch eine Berliner Meldung des „Diennit Eudogoff“, wonach sich bei dem Empfang der Presse im Hotel Adlon durch die französischen Minister folgender Zwischenfall ereignet hätte: Als ein paar polnische Redakteure Cavall fragten, ob sich von den Berliner Besprechungen auch Polen befreit fühlen könne, habe der Vertreter der „Agentur Janas“ dazwischengerufen: „Ich bitte sich nicht zu erregern, denn das sind Polen.“ Trotz dieses Zwischenfalls habe Ministerpräsident Cavall geantwortet: „Als können sich befreit fühlen.“ Das polnische Blatt gibt seinem Annullen darüber Ausdruck, daß Polen in der Weltanschauung gewisser Franzosen offenbar das Opferlamme sei, das man auf dem Altar sofortiger Vorteile darbringen zu können glaube.

MacDonald und die Parteien.

Geschichte Tardieu des Ministerpräsidenten.

London, 2. Oktober.

Man täuscht sich nicht in der letzten Geschicklichkeit MacDonalds, wenn man annimmt, daß er die Gegenüberstellungen, die zwischen den bürgerlichen Parteien noch immer bestehen, klar zu benutzen weiß. Er hat sich zwar genötigt gesehen, einer konservativen Agitation entgegenzutreten, die ihn auch als künftigen Regierungschef auf ein einzelnes Schulprogramm festlegen wollte, aber er versteht offenbar auf der anderen Seite keinen Einfluß bei den Liberalen in der Richtung geltend zu machen, daß er die bei dieser Partei noch vorhandenen Widerstände gegen alsbaldige Neuwahlen überwindet.

Es scheint fast, als ob Lloyd George der einzige liberale Führer ist, der sich noch gegen Neuwahlen wehrt, aber er ist durch sein Alter und durch seine acute Erkrankung so stark behindert, daß er eine tätige und maßgebende Rolle auf absehbare Zeit in seiner Partei und ganz besonders in einem Wahlkampf nicht führen kann. Da die kleine Gruppe der Liberalen, die sich noch gegen Neuwahlen sträubt, auch sonst völlig isoliert bliebe, wird sie wohl in den nächsten Tagen einlenken, und auch diese Erwartung hat wahrscheinlich den Premierminister veranlaßt, auf die direkte Frage Hendersons im Unterhaus, wenn das Parlament nach der von der Regierung für den nächsten Mittwoch angetragenen Vertagung wieder zusammentrete, ausweichend zu antworten und eine bindende Mitteilung erst für die Schlußsitzung dieser Session in Aussicht zu stellen.

Stimmlos hat das Auftreten MacDonalds eine viel stärker werdende Kraft als das von der Arbeiterpartei veröffentlichte Wahlprogramm, wie überhaupt die Stellung der Arbeiterpartei, nachdem sie sich von den ihr bisher angehörenden amtierenden Ministern getrennt und hien mit der Freiheit polemischer Stellungnahme gegenüber schwachen Punkten der Partei gegeben hat, keineswegs sehr imponiert, und auch Demonstrationen vor dem Parlamentsgebäude, zu denen Arbeitslose aufgerufen waren, bringen eher Wasser auf die Mühlen der Kommunisten, als daß sie der Arbeiterpartei Nutzen verschaffen.

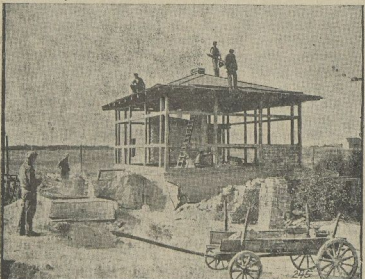
Amerikareise Labals am 12. Oktober?

Tardieu stellvertretender Ministerpräsident.

Paris, 2. Oktober.

Es wird damit gerechnet, daß sich Cavall zu seiner Amerika-Reise zwischen dem 12. und 14. Oktober an Bord eines französischen Passagierdampfers einschiffen wird. Während seiner Abwesenheit wird er durch den ehemaligen Ministerpräsidenten und jetzigen Landwirtschaftsminister Tardieu vertreten.

Die Tatsache, daß Tardieu und nicht der älteste Ressortminister den Ministerpräsidenten vertritt, ist besonders bemerkenswert. Tardieu gilt in Frankreich nach wie vor als der kommende Mann, und die Übernahme des immerhin weniger exponierten Landwirtschaftsministeriums ist nicht willkürlich erfolgt, sondern hatte zum Zweck, die Opposition zu beruhigen und dem Kabinett Cavall eine festere Grundlage zu geben. Wenn heute die Opposition von einem Kabinett Cavall reden hören, so wird dies insofern zu, als der ehemalige Ministerpräsident der treueste Berater seines früheren Arbeitsministers ist und dieser den Ratshelgen seines Landwirtschaftsministers weitgehend Gehör schenkt. Bei Eintritt der Berliner Reise der französischen Minister war es auch Tardieu, der bis zur Abfahrt des Zuges mit Cavall verhandelte.



Arbeitslose bauen sich eine Stadt.

Zwar nicht im Rahmen der geplanten Rotenrechnung über die Umhüllung, doch unversehrt nach deren Richtlinien ist in der Umgebung von Brandenburg eine große Siedlung erwerbsloser Arbeiter im Entstehen begriffen. Durch die eigene Mitarbeit der Arbeitslosen an dem Bau ihres zukünftigen Heimes war es möglich, den Preis für ein Zweifamilienhaus auf 5000 Mark, also auf 2500 Mark für die Familie, herabzudrücken, so daß eine Familie die Miete und Schuldennamortisation mit 12 Mark monatlich leicht tragen kann.

Personenstands- und Betriebsaufnahme

am 10. Oktober 1931.

Am 10. Oktober d. Js. findet wie alljährlich eine Personenstands- und Betriebsaufnahme statt. Zu diesem Zweck werden den Hausbesitzern in den nächsten Tagen Formulare zugestellt. Es wird gebeten, bei Ausfüllung der Formulare die darauf befindliche Anweisung genau beachten.

Sämtliche Fragen sind genau zu beantworten und jede Spalte ist entsprechend auszufüllen. Der Hausbesitzer ist verpflichtet, sämtliches bei ihm abgegebene Zählmaterial, auch für die in seinem Grundstück wohnenden Mieter, unangefordert bis spätestens Dienstag, den 13. Oktober d. Js. im Rathaus, Zimmer Nr. 3, abzugeben.

Die Haushaltsvorstände haben ihre Zähllisten daher bis spätestens 12. Oktober dem Hauseigentümer zu übergeben, damit derselbe die Hausliste ausfüllen kann.

Die vollständige und rechtzeitige Ausfüllung sowie Abgabe der Zähllisten kann gemäß § 202 der Reichsabgabenordnung durch Geldstrafe erzwungen werden.

Neuba, den 2. Oktober 1931

Der Magistrat. Grünberg.

Stadt-Lichtspiele Preuß. Hof

Sonntag, den 4. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:

Die Frau im Mond

Nachmittag 2 1/2 Uhr Kindervorstellung.

Es ladet freundlich ein Borwardt.

Schweizerhaus Vixenburg

Zum Erntedankfest von nachm. 3 Uhr ab

Unterhaltungsmusik • Vielbetrieb

Eintritt und Tanzgeld frei!

Abends 8 Uhr: Ball.

Getränke und Speisen in bezauberter Güte.

Um gefl. Zutritt bittet Otto Wirthmann.

Den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend, haben

wir alle Preise für

chem. reinigen

und

färben

stark herabgesetzt, zum Teil bis

20% ←

Vereinigte

Färbereien u. Wäschereien

Halle

Annahme in Neuba bei

Friedrich Grob,

Schneidermeister, Reinsdorfer Straße 4

Zwangsversteigerung.

Sonabend, den 3. Okt.,

nachmittags 2 Uhr, versteigere ich

in Neuba an Ort und Stelle:

1 Padentisch

1 Padentisch

öffentlich meistbietend gegen

sofortige Barzahlung. Sammel-

platz: 2 Uhr Hotel „Zur Burg“.

Schalle,

Obergerichtsvollzieher.

Ein Grammophon

zu verkaufen.

Poststraße Nr. 1.

Gut möbliert. Zimmer

zu vermieten.

Zu erfragen in der Geschäfts-

stelle bei Frau Weig, Markt.

Modenschau

Lyon's illustrierte Zeitschrift für Heim und Gesellschaft

Erscheint monatlich in eleganter,

mehrfarbiger Ausstattung im

Umfange von 64 Seiten

34 Seiten Mode

30 Seiten Unterhaltung.

Über 120 neue Modelle in jedem Heft

Preis 70 Pfennig

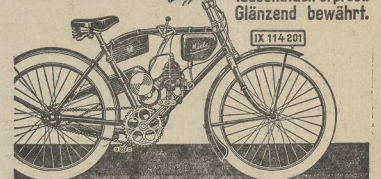
Unentbehrlich für Schneider

zu haben in allen Buchhandlungen.

• Inserieren bringt Gewinn •

Miele Motor-Fahrrad mit Sachs-Motor

Das ideale Verkehrsmittel für alle Berufe in Stadt und Land. Tausendfach erprobt. Glänzend bewährt.



Steuer- und führungsfrei. 2 Gänge und Leerlauf. Geschwindigkeit 30 km. Brennstoff 2 l auf 100 km. Preis in verchromter Ausführung mit Vordergabel-Federung und großem Sattel: Herrenrad RM 31.- Damenrad RM 32.-

Mielewerke A.G. Gütersloh/Westf.

Über 2000 Werksangehörige.

Zu haben in den Fahrradhandlungen.

Lesen Sie das neue Heft **LUSTIGE BLÄTTER** Preis 50PF. In allen Buchhandlungen zu haben.

Druckfachen aller Art

fertigt an in handwerk, moderner Ausführung und liefert prompt, billig und gut

Buchdruckerei Wth. Gauer, Köpfeben.

Leipziger Neueste Nachrichten

führen mit beträchtlichem Vorsprung im gesamten mitteldeutschen Wirtschaftsgebiet!

Weitaus größte Auflage,

— täglich ca. 180.000 —

weitaus größter Anzeigenraum,

größter Bestand an Familien-,

Klein-, Fremdenverkehrs-Anzeigen

aller mitteldeutschen Zeitungen

Sonach:

Bestes Werbemittel — unersetzliche Lektüre!

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgang unseres lieben Entschlafenen sagen wir Allen auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank. Die trauernde Familie H. Ködel nebst Angehörigen. Neuba, 1. Okt. 1931

Nebrauer Anzeiger

Ämliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wih. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Metz, Markt 24/25.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postcheckkonto: Leipzig Nr. 22 832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Westmetall 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Stadtpartkassa Nebra — Bankverein Atern.

Nr 118

Sonnabend, den 3. Oktober 1931.

44 Jahrgang

Deutschlands Eckherd.

Zum 84. Geburtstag des Reichspräsidenten v. Hindenburg.
Die französischen Minister Laval und Briand haben bekanntlich bei ihrem Berliner Besuch besonderen Wert darauf gelegt, von dem Herrn Reichspräsidenten empfangen zu werden. Ueber die Beweggründe, die sie zu diesem Hofflichkeitsakt veranlaßt haben, gehen die Meinungen auseinander. Nach Ansicht vieler Kreise war es nur eine der, von der französischen Regierung beliebten Geste, durch die man den Verbündigten ausgiebigem Gerechtigkeit unterbreiten wollte. Vielleicht sollte auch dadurch zum Ausdruck gebracht werden, daß die Spitze der „Kriegsverbrecher“, aus der auch Hindenburg hervorgeht, nicht mehr als ein Hindernis für die französische Regierung angesehen werden ist, für die französische Regierung nicht mehr existiert. Auf jeder Fall ist der Besuch der französischen Staatsmänner ein neuer Beweis für die große Achtung, die auch unsere erbitterten Gegner aus dem Weltkriege heute dem deutschen Staatsoberhaupt entgegenbringen. Weit über Deutschlands Grenzen hinaus gilt Reichspräsident von Hindenburg als das leuchtende Vorbild der selbstlosen Hingabe an das Ganze, der unbedingten Treue zur übernommenen Pflicht und des unerfütterlichen Glaubens an die Zukunft Deutschlands.

Das deutsche Volk kann sich beglückwünschen, daß gerade in dieser Zeit schwerster wirtschaftlicher Bedrängnis ein Mann von der starken stillen Kraft eines Hingebenen an der Spitze des Staates steht. Der heilige Wunsch, daß sich das deutsche Volk bei der großen gemeinsamen Aufgabe des Wiederaufbaus immer mehr zusammenschließen möge, hat Hindenburg im Jahre 1925 nach dem Hinscheiden des ersten Reichspräsidenten zu dem schweren Opfer bewegen, trotz seines vorgerückten Alters dem Ruf der Nation zu folgen und das verantwortungsvolle Amt des Reichspräsidenten zu übernehmen. Seine Amtsführung hat sich seitdem, wie allseitig anerkannt wurde, ständig im Rahmen der Verfassung. Wenn der Reichspräsident im letzten Sommer auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung in manche für weite Kreise zweifellos mit großen Härten verbundene Notverordnung unterzeichnet hat und wahrscheinlich noch im Laufe dieses Herbstes unterzeichnen wird, so geschieht das aus tiefstem Verantwortungsgewissen und aus höchster Überzeugung von der Notwendigkeit dieser Maßnahme heraus.

Mit berechtigtem Stolz und aufrichtigem Dank odeint am 2. Oktober das deutsche Volk seines Reichspräsidenten. Es ist der letzte Geburtstag, den Hindenburg in diese Amtsperiode begeht, aber die lieben Monate bis zum Ablauf seiner Präsidentschaft bergen noch entscheidende Aufgaben und Pflichten. Möge es ein glückliches Geschick den getreuen Eckherd Deutschlands vergönnt werden, daß er die ihm und uns allen so heiß ersehnte Wendung zu besserer Tagen noch erleben möge.

Neuregelung der Arbeitslohnfürsorge.

Mit Wirkung vom 5. Oktober.
Durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 5. 6. 31 ist der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ermächtigt und verpflichtet, den Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben der Reichsanstalt sicherzustellen.

Auf Grund dieser Verordnung hat der Vorstand in seiner Sitzung vom 1. Oktober d. J. beschloffen, die Höchstdauer der verbleibenden Arbeitslohnunterstützung mit Wirkung vom 5. Oktober von 26 Wochen auf 20 Wochen, für berufsunfähig Arbeitslose auf 16 Wochen, zu kürzen.

Die durch den Beschluß des Vorstandes erzielte Einsparung soll die finanziellen Anforderungen sicherstellen, die Arbeitslosen in den verschiedenen Situationen in der

Verordnung.

Aufnahme.
30. September.

Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 5. Oktober d. J. ist mit Wirkung vom 5. Oktober d. J. in Kraft getreten. Die Bestimmungen der Verordnung sind demnach anzuwenden.

Die Bestimmungen der Verordnung des Reichspräsidenten vom 5. Oktober d. J. sind demnach anzuwenden. Die Bestimmungen der Verordnung sind demnach anzuwenden.

Die Bestimmungen der Verordnung des Reichspräsidenten vom 5. Oktober d. J. sind demnach anzuwenden. Die Bestimmungen der Verordnung sind demnach anzuwenden.

Die Bestimmungen der Verordnung des Reichspräsidenten vom 5. Oktober d. J. sind demnach anzuwenden. Die Bestimmungen der Verordnung sind demnach anzuwenden.

Die Bestimmungen der Verordnung des Reichspräsidenten vom 5. Oktober d. J. sind demnach anzuwenden. Die Bestimmungen der Verordnung sind demnach anzuwenden.

nahmen unter eingehender Darlegung des Sachverhalts auf dem Laufenen zu halten.

Gegen Brüning.

Beschreibung der nationalen Opposition.

Berlin, 2. Oktober.

Das gemeinsame Vorgehen der nationalen Opposition nach dem Wiederzusammentritt des Reichstages wird, nachdem die Zustimmungserklärung der Nationalsozialisten jetzt vorliegt, zustande kommen. Die gemeinsame Beschreibung darüber wird aber wahrscheinlich erst unmittelbar vor dem Wiederbeginn der Reichstagsverhandlungen stattfinden.

Zeit liegt bei den Parteien bereits, daß diese Verhandlungen die Einbringung eines gemeinsamen Mißtrauensantrages gegen das Reichamt Brüning durch die parlamentarischen Vertreter der nationalen Opposition zur Folge haben werden. Die Nationalsozialisten haben auch ein Mißtrauensvotum gegen den Außenminister Dr. Curtius angekündigt. Bei den Deutschnationalen ist eine Entscheidung über diese Sonderfrage noch nicht gefallen. Ob die Deutschnationalen sich an einem besonderen Mißtrauensantrag gegen Dr. Curtius beteiligen, wird sich erst in der gemeinsamen Beschreibung der nationalen Opposition entscheiden.

Die Sozialdemokraten beim Kanzler

Veröffentlichung des Winternotprogramms soll Ende der Woche erfolgen.

Berlin, 1. Oktober.

Das Reichskabinett hat sich wiederum in mehreren Sitzungen mit der Notverordnung zur Durchführung des Winterprogramms beschäftigt. In unentschiedenem Streit hält man es jetzt für möglich, daß die Notverordnung noch Ende dieser Woche veröffentlicht wird. Abgesehen von der Kabinettsberatungen hatte Reichskanzler Dr. Brüning noch eine Besprechung mit Vertretern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Ueber den Verlauf dieser Besprechung veröffentlicht die sozialdemokratische Fraktion eine Mitteilung, in der es u. a. heißt:

„An einer Besprechung beim Reichskanzler brachte die sozialdemokratischen Vertreter die in der neuen Notverordnung zu regelnden Fragen zur Sprache. Sie unterrichteten den Reichskanzler nochmals eingehend über ihren Standpunkt, namentlich in bezug auf die Frage der Neuordnung der Arbeitslohnunterstützung und der zeitlichen Aufrechterhaltung des Lohnrechts. Sie setzten ins besondere Gewicht darauf, daß eine weitere Herabsetzung der Unterstützungssätze in der Arbeitslohnunterstützung nicht zu tragen sei. Im Zusammenhang damit wurde noch mehrmals betont, daß die zugelegte Beilegung der schwebenden sozialen Härten aus der Juni-Notverordnung nimmere u. der kommenden Notverordnung erfolgen müsse.“

Der Reichskanzler nahm die Ausführungen zur Kenntnis und erklärte, daß das Reichskabinett sich bereits in den nächsten Tagen abschließend mit dem Inhalt der neuen Notverordnung befassen werde.“

In den der Reichsregierung nachstehenden Kreisen wird betont, bei dem Empfang der Sozialdemokraten habe es sich um einen der üblichen Empfänge gehandelt. Ueberrigende habe der Reichskanzler auch mit dem Führer der Reichsanstalt, Sozialminister Dr. Brüning, gesprochen. Der Führer des Reichsanstalt überreichte dem Kanzler Notforderungen, die sämtlich von dem Grundgedanken der deutschen Volkswirtschaft ausgehen. Die deutsche Volkswirtschaft, so heißt es darin, könne nur von innen heraus, insbesondere von deutschen Boden her, wiederaufgebaut werden. Das außenpolitische Programm verlangt energische Bekämpfung der Kriegsgestirne. Daran anschließend wird erklärt, die Reichsregierung in ihrer gegenwärtigen Zusammenfassung beste keine Gewähr für eine solche Politik

Tarifrecht gerettet?

Verständigungsversuch der Reichsregierung.

Berlin, 2. Oktober.

Zu den bedeutungsvollen Verhandlungen, die Reichskanzler Dr. Brüning mit den Führern der Sozialdemokratie gepflogen hat, wird in gutunterrichteten Kreisen gelagt, man müsse annehmen, daß die Reichsregierung die Absicht aufgegeben habe, auf dem gesetzlichen Wege einen Eingriff in das Tarifrecht vorzunehmen, nachdem die Vertreter der SPD auf die schwerwiegenden parlamentarischen Folgen eines solchen Schrittes hingewiesen hatten.

Man könne damit rechnen, daß die Reichsregierung nimmere die Absicht habe, nach Erlaß der großen Notverordnung Unternehmer- und Arbeitgebervertreter zusammenzubringen, um den Versuch zu machen, zwischen beiden eine Verständigung über die Lohnfragen herbeizuführen.

Nur einzelne Ueberläufer.

Die Spaltungsbewegung in der SPD.

Berlin, 2. Oktober.

Die Spaltungsbewegung in der SPD hat in den parlamentarischen Kreisen, die in unbedingter Opposition zum Kabinett Brüning stehen, zu der Auffassung geführt, daß die Rosenfeld- und Seydewitz auch aus den Reihen der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten zu viel Zulauf erhalten würden, daß ganz auf Zustimmung der SPD.

reine Wehrzeit mehr zur das Kabinett Wehrzeit bringen wäre. In diesem Zusammenhang ist die Bitte von 25 SPD-Abgeordneten genannt worden, die sich von der Reichstagsfraktion lösen würden.

Zuletzt ist, daß mittlerweile die Abgeordneten Stöckel, Siemsen, Siegel, Portune, Sodenberg, Rosenfeld und Dethleffsen sich aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion abgemeldet und sich den Sonderbündlern angeschlossen haben.

Beamte und Volkseigenschaft.

Fragen an das preussische Staatsministerium.

Die Arbeitsgemeinschaft des Preussischen Staatsrats (Deutschnationale und Deutsche Volkspartei) hat an das Staatsministerium nachstehende förmliche Anfrage gerichtet:

Die Staatsregierung hat mehrere Condrats gegen ihrer Teilnahme am Volkseigenschaft in den einseitigen Ruhestand verriet. Der Minister des Innern hat aus dem gleichen Anlaß verschiedenen Polizeioffizieren ihre Verziehung in Aussicht gestellt und ihnen gleichzeitig die Einreichung des Abchiedsgesuches nahegelegt.

Wie rechtfertigt die Staatsregierung diese Maßregelung insbesondere im Hinblick auf das verfassungsmäßig gewählte Recht der Beamten auf politische Meinungsfreiheit, die Entscheidung des Staatsgerichtshofes bezüglich des Volkseigenschafts über die Ablehnung des Vorpangfals sowie vor allem die Erklärungen des Ministers des Innern im Landtag?

Berordnung für den Ruhrbergbau.

Aufhebung der Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung.

Berlin, 1. Oktober.

Auf Grund des Artikels 48, Absatz 2, der Reichsverfassung wird verordnet:

Der Reichsarbeitsminister wird ermächtigt, bei der Verhinderung der Arbeitslosenversicherung, die auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten über die Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung in öffentlichen Interesse von 27. September 1931 erlassen sind, die in dem Schiedspruch vorgelegene Laufdauer der Regelung ohne Zustimmung der Parteien zu ändern.

Die Reichsregierung wird ermächtigt, die Amtstage der Arbeiter des Steinkohlenbergbaues des Ruhrgebietes und ihrer Arbeitgeber mit Wirkung vom 1. Oktober bis zum 30. November 1931 von der Beitragspflicht zur Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zu befreien. Sie kann die Befreiung auch auf andere Steinkohlenebenen ausdehnen und ihre Geltungsdauer über den 30. November 1931 hinaus verlängern.

Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Unterzeichnet ist die Verordnung vom Reichspräsidenten; gegenzeichnet haben der Reichskanzler, der Reichsfinanzminister und der Arbeitsminister.

Lohnschiedspruch verbindlich erklärt.

Auf Grund dieser Verordnung hat der Reichsarbeitsminister nimmere auch den Lohnschiedspruch für den Ruhrbergbau, der eine liebenprozentige Lohnkürzung vorsieht, für verbindlich erklärt. Die Laufzeit des Schiedspruchs wurde auf die Zeit bis zum 30. November 1931 verkürzt.

Sieben Prozent Lohnabbau auch im Wurmteiler.

Worm, 1. Oktober. Die Schlichterkammer hat auch für das Wurmteiler einen liebenprozentigen Lohnabbau vorgelesen. Die Parteien haben vereinbart, daß Schlichter und Kündigung der Neuregelung im Ruhrgebiet angeglichen werden soll.

Neuregelung der Bürgersteuer.

Freigrenze bis 500 Mark.

Der Reichsrat genehmigte eine Verordnung des Reichsfinanzministers, der den Verteilungsschlüssel für die Einkommen- und Körperschaftsteuer endgültig festsetzt.

Angenommen wurden auch Durchführungsbestimmungen zur Bürgersteuer. Diese schließen sich eng an die bisherigen Durchführungsbestimmungen für 1930 an. Wichtige Änderungen gegenüber dem bisherigen Zustand bedeuten jedoch folgende Bestimmungen:

Somit hat es sich als möglich herausgestellt, daß auch die allerhöchsten Einkommen zur Bürgersteuer herangezogen werden. z. B. die Einkommen der Empfänger von Arbeitslosen, Krühen, Arbeitslosenunterstützung und Sozialrenten bis zu 900 Mark.

Die neuen Durchführungsbestimmungen sehen deshalb eine allgemeine Freigrenze von 500 Mark jährlich vor. Die Bestimmungen enthalten aber auch die Vorschrift, daß auch die Einkommen unter 500 Mark diejenigen Personen weitgehend zur halben Bürgersteuer herangezogen werden, deren landwirtschaftliches Grund- oder Betriebsvermögen den Wert von 5000 Mark übersteigt.

Es sind Steuertermine vorgelesen, die sich für die Lohnsteuerpflichtigen über die Monate Januar bis Juni 1932 erstrecken, und zwar für Monatslohnempfänger 6 und

